

LISELOTTE FUNCKE
VIZEPRÄSIDENT
DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Bonn, Bundeshaus

Liebe Mitbürgerin!

WARUM werden Frauen meist schlechter bezahlt als Männer und selten befördert?

WARUM werden Frauen – und nur Frauen – ins Gefängnis gesperrt, wenn sie um ihrer Familie willen eine Schwangerschaft abbrechen?

WARUM gibt es zu wenig Kindergartenplätze?

WARUM gibt es eine Reichsgaragenordnung, aber kein Bundesgesetz zur Errichtung von Kinderspielplätzen?

WARUM wird nur die Frau durch Gesetz zur Hausarbeit verpflichtet?

WARUM gibt es keine Hausfrauenrente?

WARUM hat die CDU/CSU im Bundestag das Babyjahr zur Verbesserung der Rente für Mütter abgelehnt?

WARUM kann der berufstätige Mann seiner Witwe die Rente „vererben“, nicht aber die berufstätige Frau ihre Rentenansprüche an den Mann?

WARUM muß immer nur die Frau bei der Eheschließung den Namen des Ehepartners annehmen?

Liebe Mitbürgerin,
haben Sie sich nicht irgendwann schon eine dieser Fragen gestellt?

Nach dem Grundgesetz sind Mann und Frau gleichberechtigt. Aber in Wirklichkeit gibt es immer noch viele Nachteile für Frauen.

CSU und CDU halten an einem überalterten Leitbild fest – die Frau gehört ins Haus und hat sich dem Mann unterzuordnen – ein Leitbild, das sie benachteiligt und an ihrer freien Entfaltung hindert.

Die F.D.P. will keine Frau zwingen, berufstätig zu werden, wenn sie es nicht will. Die Aufgabe als Hausfrau ist jeder anderen Tätigkeit gleichwertig. Aber der Frau müssen alle Wege offenstehen.

Die F.D.P. erreichte durch ihre Initiative,

- daß auch die Hausfrau die Kosten für ihre Weiterbildung von der Steuer absetzen kann,
- daß Kindergartengesetze verabschiedet wurden,
- daß die Beamtin Teilzeitarbeit leisten kann, ohne ihre Beamtenrechte zu verlieren,
- daß der Umweg zum Kindergarten auf dem Weg zur Arbeit unfallversichert ist,
- daß die unverheiratete Frau sich nicht mehr als Fräulein bezeichnen lassen muß,
- daß in einer großen Bundesbehörde – dem Statistischen Bundesamt – erstmalig durch F.D.P.-Minister Genscher eine Frau zum obersten Chef berufen wurde.

Noch nicht vom Bundestag verabschiedet, aber von der sozial-liberalen Koalition vorgeschlagen wurde:

- die Adoption zu erleichtern,
- die Sicherung des Ehegattensplittings in der Lohn- und Einkommenssteuer,
- das Recht der Eheleute, den künftigen Familiennamen bei der Heirat selbst zu bestimmen,
- die Streichung der alleinigen Haushaltsverpflichtung der Frau im Eherecht,
- die vorübergehende Beurlaubung von Vater oder Mutter, wenn ein Kind krank ist, mit Entschädigung durch die Krankenkasse,
- die Rentenansprüche im Falle einer Scheidung gleichmäßig auf Mann und Frau aufzuteilen, damit auch die Frau einen eigenen Anspruch bekommt.

Wenn mit Ihrer Stimme die Regierung Brandt/Scheel erneuert werden kann, werden diese Gesetze verabschiedet und ergänzt werden. Abgelehnt wurden von der CDU/CSU in der letzten Sitzungswoche des Bundestages die Verbesserung der Rente für die berufstätige Mutter um je ein „Babyjahr“ für jedes Kind.

Dieser Vorschlag der sozial-liberalen Regierung hätte den Frauen, die viele Jahre lang die vielfache Last von Beruf, Haushalt und Kindererziehung getragen haben, einen Vorteil in der Altersrente gebracht.

Die CDU/CSU aber war dagegen.

Sie war auch dagegen, daß eine Frau bei freiwilliger Weiterversicherung ihre Ausbildungsjahre als Versicherungsjahre angerechnet bekommt, wie das beim Mann selbstverständlich ist.

Noch vieles bleibt zu tun, bis die Frau gleiche Chancen hat.

Dazu gehört auch die Beteiligung der Frau in der Politik. Keine Partei ist so attraktiv für Frauen wie Walter Scheels F.D.P. Denn hier bestimmen Frauen an entscheidenden Positionen.

Politikerinnen wie Hildegard Hamm-Brücher, Emmy Diemer-Nicolaus und Hedda Heuser sind dafür nur die bekannten Beispiele.

Die F.D.P. setzt sich darüber hinaus für folgende Vorschläge ein:

- Die allgemeine Hausfrauenrente im Wege des Splittings, das Witwer und Witwen gleichstellt.
- Mehr Ganztagschulen.
- Teilzeitarbeit auch für Männer.
- Die straflose Entscheidung der Frau, eine Schwangerschaft in den ersten drei Monaten durch einen Arzt beenden zu lassen, damit sie nicht ins Ausland oder zu einem Pfuscher gehen muß. Die medizinisch einwandfreie Schwangerschaftsunterbrechung darf nicht ein Vorrecht der Reichen bleiben. Nur die F.D.P. vertritt konsequent diese Auffassung.
- Bessere Bezahlung für Frauen und bessere Aufstiegsmöglichkeiten.
- Gleiche Schul- und Berufsausbildung für Jungen und Mädchen und verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten auch nach einer Berufsunterbrechung.

Die F.D.P. tut viel für die Frauen, mehr als andere, direkt und indirekt. Denn auch die Friedenspolitik, die Außenminister Walter Scheel vertritt, wie die Bemühungen des F.D.P.-Ministers Genscher um die innere Sicherheit und den Umweltschutz, die Reformvorschläge in der Bildungs- und Sozialpolitik sind Bemühungen für die Familie, für die Frau und eine gesicherte Zukunft.

Die F.D.P. ist wie bisher entschlossen, gegen steigende Preise zu kämpfen, soweit es in der verflochtenen Weltwirtschaft möglich ist.

Deshalb will sie in der nächsten Regierung das Finanz- oder Wirtschaftsressort beanspruchen.

Gerade die Frauen können durch eine starke F.D.P. am meisten gewinnen.

Darum sollten Sie Ihre Stimme der F.D.P. geben.

Mit freundlichem Gruß
Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Inelotte Füncke". The script is cursive and fluid, with the first name "Inelotte" written in a slightly larger and more prominent hand than the last name "Füncke".

Vizepräsident des Deutschen Bundestages